

Große Anfrage

der Abgeordneten Birgit Homburger, Elke Hoff, Dr. Rainer Stinner, Dr. Karl Addicks, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Die Bundeswehr – Eine aufgabenorientierte Streitkraft?

Das Streben nach Frieden und Sicherheit gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Der Einzelne kann und darf hierfür nicht selbst sorgen. Die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit ist deshalb eine Kernaufgabe staatlicher Vorsorge, die von den Bürgern erwartet wird. Sicherheit wird heute als Teil der politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Prozesse im weltweiten Maßstab betrachtet.

Die deutsche Sicherheitspolitik ist den gemeinsamen Werten der europäisch-atlantischen Staatengemeinschaft verpflichtet. Weltweit sind Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft zu stärken und Folter, Gewalt, Vertreibung und Unterdrückung zu bekämpfen. Menschenrechte und Völkerrecht, Frieden und Freiheit sowie die Lebensgrundlagen Europas sind die höchsten zu schützenden Güter. Freiheitsrechte und Menschenwürde sind die Grundlage einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung für das geeinte Europa.

Frieden und Freiheit gehören unteilbar zusammen. Sie sind im Interesse der Menschen im Rahmen der Völkergemeinschaft herbeizuführen und zu sichern, notfalls auch mit militärischen Mitteln. Dieser Maxime der Atlantischen Allianz verdanken wir Deutschen unsere Einheit in Freiheit. Deshalb haben wir unsere neue Rolle, die des vereinten Deutschland, verantwortungsvoll anzunehmen und die Bundeswehr schnell und konsequent bündnisfähig zu machen.

Bündnisverteidigung bleibt unverändert die Kernaufgabe der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland (Artikel 87a des Grundgesetzes (GG)). Primäre Herausforderung der Bundeswehr ist bereits seit mehr als einem Jahrzehnt jedoch ihr Einsatz im Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicher-

heit, wie es z. B. die Vereinten Nationen (VN) darstellen, also ihre Teilnahme an humanitären, friedenssichernden und friedensschaffenden Maßnahmen. Dazu muss sie personell und materiell effektiv und effizient strukturiert, gut ausgebildet und auftragsorientiert modern ausgerüstet sein.

Ein Einsatz der Bundeswehr im Innern ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Auch in Zeiten einer asymmetrischen Bedrohung durch den internationalen Terrorismus darf es nicht zu einer Verwischung der Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit kommen. Die Bundeswehr darf nicht für polizeiliche Aufgaben im Innern eingesetzt werden.

Die Reform der Bundeswehr, wie sie seit dem Jahr 2000 konzipiert und weiterentwickelt wurde, entspricht noch nicht den Erfordernissen. Wegen des unbegründeten Festhaltens an der Allgemeinen Wehrpflicht ist die Personalstärke der Streitkräfte zu hoch und deren Einsatzbereitschaft zu niedrig. Die für Verteidigung im Bundeshaushalt vorgesehenen Mittel reichen nicht aus, um der Bundeswehr auch nur ansatzweise die finanzielle Basis zur Umstrukturierung und zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufträge zu geben.

Die Soldatinnen und Soldaten, wie auch die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bundeswehr, haben Anspruch auf besondere Fürsorge. Sie benötigen eine eindeutige Perspektive, Klarheit in der Aussage der politischen und militärischen Führung sowie persönliche Planungssicherheit. Das rückwärts gewandte Festhalten an der Allgemeinen Wehrpflicht steht dem diametral entgegen. Solange deren Aussetzung aufgeschoben wird, besteht keine Möglichkeit, eine wenigstens für ein Jahrzehnt angelegte Streitkräftestruktur einzunehmen.

Das Atlantische Bündnis ist heute jedem denkbaren Gegner im konventionellen Bereich mehrfach überlegen, ohne auch nur einen Reservisten einberufen zu müssen. Die große Mehrheit der NATO-Mitgliedstaaten hat deshalb die Wehrpflicht ausgesetzt, oder plant dieses zu tun, und die Friedens- sowie die Verteidigungsstärke ihrer Streitkräfte deutlich reduziert. Eine Entscheidung, die auch schnellstens für die Bundeswehr getroffen werden muss.

Die NATO fordert von der Bundesrepublik Deutschland keine Wehrpflichtarmee, sondern Streitkräfte, die gut ausgebildet, modern ausgerüstet, voll einsatzbereit und schnell verlegbar sind. Dafür benötigt die Bundeswehr keine Grundwehrdienstleistenden. Deren Pflichteinsatz in diesem Auftragspektrum ist nicht nur vom Deutschen Bundestag untersagt worden; aufgrund der kurzen Grundwehrdienstdauer wäre er auch unverantwortlich. Je schneller die Allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt wird, desto besser ist die Bundeswehr in der Lage, die neu gestellten Aufgaben zu bewältigen. Ihre Einsatzfähigkeit steigt, die Belastung der einzelnen Soldaten jedoch sinkt. Bei einer intelligent angelegten Streitkräftestruktur und der Umwandlung der freiwillig längeren Wehrdienst leistenden Soldaten in echte Soldaten auf Zeit („Kurzdienstzeitsoldaten“) muss zudem keiner der Vorteile einer Wehrpflichtarmee aufgegeben werden.

Die Bundeswehrstruktur muss den Anforderungen entsprechen, die an die deutschen Streitkräfte gestellt werden. Eine notwendige Umstrukturierung darf nicht ausschließlich unter Haushaltsgesichtspunkten gesehen werden. Wenn europäische Einbettung, Bündnisfähigkeit und internationale Verantwortung für den Frieden, sowie Stärkung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weiterhin Eckpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein sollen, muss von der Bundeswehr die Erfüllung aller sich daraus ergebender militärischer Anforderungen erwartet werden. Das bedeutet allerdings nicht, dass deutsche Soldaten an allen denkbaren Missionen teilnehmen sollten oder gar müssen. Ein Automatismus ist abzulehnen. Grundsätzlich sollte eine Kultur der Zurückhaltung praktiziert werden. Der Einsatz von Streitkräften sollte die Ausnahme bleiben, er kann und darf Politik nicht ersetzen.

Dennoch ist die Bundeswehr in jeder Hinsicht in die Lage zu versetzen, alle Aufträge erfüllen zu können, die sich aus den Eckpfeilern deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ergeben. Mobilität und Flexibilität sowie strategische Aufklärungskapazitäten und Führungsfähigkeiten über weite Entfernungen zählen zu den unabdingbaren Forderungen, die bereits heute an moderne und leistungsfähige Streitkräfte einer europäischen Mittelmacht zu stellen sind.

Überdies ist es dringend an der Zeit, von den nationalen Streitkräften der EU-Mitglieder ein hohes Maß an Kompatibilität einzufordern. Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) muss konsequent ausgebaut werden. Deshalb reicht es bei einer in die Zukunft gerichteten Bundeswehrreform nicht aus, nur die gegenwärtigen Bedürfnisse der ESVP zu erfüllen. Vielmehr muss eine deutliche strukturelle und materielle Verbesserung erzielt werden. Jede Bundeswehrreform muss ein sichtbarer Schritt auf dem Weg zum längerfristigen Ziel sein, der Schaffung gemeinsamer europäischer Streitkräfte unter einem einheitlichen Oberbefehl. Eine funktionierende und sich in diese Richtung entwickelnde ESVP stärkt nicht nur Europa, sondern auch die atlantische Allianz.

Beginnen muss die Neustrukturierung bei der höchsten Führungsebene. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) muss auf die Aufgaben beschränkt werden, die tatsächlich ministerielle Aufgaben sind. Die Gliederung des Ministeriums in eine militärisch und eine zivil geführte Hauptabteilung ist ein zwingendes Gebot, zumal eine straffere Organisation und Führung Personal wie Kosten spart und Effizienz steigert.

Dem Generalinspekteur müssen über den am 1. Juni 2008 aufgestellten Einsatzführungsstab hinaus notwendigen Führungsmittel zur Verfügung gestellt werden. In logischer Konsequenz muss deshalb der jetzige Führungsstab der Streitkräfte zu einem echten Generalstab, zur militärischen Hauptabteilung des Ministeriums umgegliedert werden. Die heutigen militärischen Abteilungen sollten mit ihren Kernfunktionen Teil des Generalstabes sein, der verbleibende größere Teil in die nicht ministeriellen Ämter- bzw. Führungskommandoebenen verlagert werden. Der Generalstab sollte nach Führungsgrundgebieten gegliedert sein, die jeweils eine Abteilung bilden.

Wie die militärischen sind die zivil geführten Abteilungen einer Überprüfung mit dem Ziel der Steigerung der Praktikabilität und Effizienz zu unterziehen.

Die Bundeswehr und das sie führende Bundesministerium der Verteidigung müssen in einem Maße attraktiv sein, dass sich leistungsstarke junge Menschen in ausreichender Zahl freiwillig für den Dienst in den Streitkräften entscheiden. Dazu bedarf es eines neuen Laufbahnrechts, das Beförderungs- und Verwendungsstaus ausschließt. Daneben muss ein eigenes Besoldungsrecht durchgesetzt werden, und zwar angelehnt an das Beamtenbesoldungsrecht. Vor allem mit Blick auf die Gefahren für Leib und Leben bei Einsätzen im Ausland sind die Versorgungsregelungen fortlaufend zu überprüfen und stets den neuen Notwendigkeiten anzupassen.

Zum Schutz unserer Soldaten und zur Wirkungssteigerung im Einsatz müssen Ausrüstung und Rüstung der Bundeswehr unverzüglich und umfassend modernisiert werden. Die im Einzelplan 14 eingeplanten Finanzmittel reichen hierfür nicht aus. Alle Rüstungsprogramme gehören auf den Prüfstand. Die Planungszahlen für die Beschaffung sind den Erfordernissen der Struktur einer Freiwilligen-Armee mit gegenwärtigem Einsatzspektrum anzupassen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Interessen verfolgt die Bundesregierung bezüglich der Ausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik?

2. Welche Aufgaben folgen daraus für die Bundeswehr?
3. Wie bewertet die Bundesregierung den gegenwärtigen Stand der Transformation der Bundeswehr?
4. Beabsichtigt die Bundesregierung mittelfristig eine spürbare Reduzierung des Bundesministeriums der Verteidigung sowie dessen Verlegung nach Berlin, also eine Änderung des Bonn-Berlin-Gesetzes?
5. Welche Gründe sprechen für die praktizierte konsequente Beibehaltung der Führungsebenen Brigade, Division und Korps?
6. Wie viele Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr waren am 1. Januar 1990 in Korpsstäben, Ämtern und Führungskommandos eingesetzt, und wie viele am 1. Januar 2008?
7. Wie viele Soldatinnen und Soldaten wurden am 1. Januar 1990 jeweils nach A 16, B 3, B 6, B 7, B 9 und B 10 besoldet, und wie viele am 1. Januar 2008?
8. Was war am 1. Januar 2007 die durchschnittliche Stärke der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1989?
9. Wie viele Männer der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1989 wurden im Jahr 2007 zum Grundwehrdienst einberufen?
10. Wie viele von ihnen kamen der Einberufung nach?
11. Wie viele Männer der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1989 wurden 2007 als Kriegsdienstverweigerer anerkannt?
12. Wie viele von ihnen begannen im Jahr 2007 mit der Ableistung ihres Einsatzdienstes?
13. Welche zusätzlichen Kosten sind im Einzelplan 14 (EPl 14) für die durch den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, ab 2008 zusätzlich geschaffenen 5 000 Stellen für die Grundwehrdienstleistenden (GWDL) jährlich zu veranschlagen?
14. Wie viele Stellen für Grundwehrdienstleistende (GWDL) müssten geschaffen werden, damit der Anteil aller Wehrtauglichen, der sich erfahrungsgemäß für den Wehrdienst entscheidet, auch Wehrdienst ableisten kann?
15. Welchen jährlichen Bedarf an Freiwillig Längerdienenden (FWDL), Mannschaften, SaZ (Unteroffiziere m. u. o. P./Offiziere) sieht die Bundesregierung für die Bundeswehr?
16. Wie hoch waren die Bewerberzahlen von 2003 bis 2007 (Aufstellung nach Jahren getrennt) für Soldaten auf Zeit sowie die Unteroffizier- und Offizierlaufbahn?
17. Wie viel Prozent der Bewerber für die jeweiligen Laufbahnen waren von 2003 bis 2007 (Aufstellung nach Jahren getrennt) für die Laufbahn geeignet, auf die die Bewerbung erfolgte?
18. Wie viele Frauen und Männer haben sich 2005, 2006 und 2007 für die Offizierlaufbahn beworben, getrennt nach Heer, Luftwaffe und Marine?
19. Trifft es zu, dass der Bewerberanteil bundeswehrweit um rund 15 Prozent abgenommen hat?
20. Wenn ja, welche Maßnahmen wurden zur Gegensteuerung ergriffen?
21. Wie viele Soldatinnen leisteten am 1. Januar 2008 Dienst in der Bundeswehr, getrennt nach Heer, Luftwaffe und Marine?
22. Wie viele von Ihnen gehören den Kampf- und wie viele den Kampfunterstützungstruppen an?

23. Wie viel Prozent der GWDL mit Abitur eines Jahrgangs verpflichteten sich von 2003 bis 2007 (Aufstellung nach Jahren getrennt) als FWDL, für die Laufbahn des Unteroffiziers (mit und ohne Portepee), die Offizierlaufbahn?
24. Wie viel Prozent der GWDL mit Mittlerer Reife eines Jahrgangs verpflichteten sich von 2003 bis 2007 (Aufstellung nach Jahren getrennt) jeweils als FWDL, in die Laufbahn der Mannschaften, bzw. als Unteroffizier mit und ohne Portepee?
25. Wie hoch war in den letzten fünf Jahren (Aufstellung nach Jahren getrennt) jeweils der Anteil an FWDL und in den Laufbahnen der Soldaten auf Zeit (SaZ), die über die Binnennachwuchswerbung gewonnen werden konnten?
26. Wie hoch war der Anteil der Frauen und Männer aus den neuen Bundesländern bei den Erst- und Weiterverpflichtungen 2000, 2006 und 2007?
27. Wie hoch war der Anteil der aus den neuen Bundesländern stammenden Soldatinnen und Soldaten, die sich für die Unteroffizier- bzw. Offizierlaufbahn 2000, 2006 und 2007 bewarben?
28. Wie viele von diesen Bewerbern wurden 2000, 2006 und 2007 zugelassen?
29. Zieht die Bundesregierung die Zahlung einer Prämie bei Erst- und/oder Weiterverpflichtungen in Betracht?
30. Wie viele Mannschaftsdienstgrade Soldaten auf Zeit (SaZ) sind als Wehrpflichtige einberufen worden (Stichtag 1. Januar 2007)?
31. Wie viele aller im Jahr 2007 zum Unteroffizier beförderten Soldaten der Bundeswehr sind als Wehrpflichtige einberufen worden?
32. Wie viele aller im Jahr 2007 zum Leutnant beförderten Soldaten der Bundeswehr sind als Wehrpflichtige einberufen worden?
33. Wie gedenkt die Bundesregierung den Motivationsverlust bei den Soldaten auszugleichen, der dadurch entsteht, dass sie nicht in angemessener Zeit zum nächst höheren Dienstgrad befördert werden, obwohl sie z. T. länger als ein Jahr höherwertige Aufgaben erfüllen oder für diese qualifiziert sind?
34. Wie und wann gedenkt die Bundesregierung den Personalüberhang und den sich daraus ergebenden Beförderungsstau bei Unteroffizieren und Offizieren gänzlich abzubauen?
35. Wie viele Unteroffizier-STAN-Stellen (STAN: Stärke- und Ausrüstungsnachweisung) waren am 1. Januar 2007 nicht oder unterwertig besetzt?
36. Wie viele Offizier-STAN-Stellen waren am 1. Januar 2007 nicht oder unterwertig besetzt?
37. Wie viele Mannschaftsdienstgrade hatten am 1. Januar 2007 alle Voraussetzungen zur Beförderung zum nächst höheren Dienstgrad erfüllt, konnten aber aufgrund fehlender Haushaltsstellen nicht befördert werden?
38. Wie viele Unteroffiziere hatten am 1. Januar 2007 alle Voraussetzungen zur Beförderung zum nächst höheren Dienstgrad erfüllt, konnten aber aufgrund fehlender Haushaltsstellen nicht befördert werden?
39. Wie viele Offiziere hatten am 1. Januar 2007 alle Voraussetzungen zur Beförderung zum nächst höheren Dienstgrad/Einweisung in die nächst höhere Besoldungsstufe erfüllt, konnten aber aufgrund fehlender Haushaltsstellen nicht befördert/eingewiesen werden?
40. Welche Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Soldatenberufs plant die Bundesregierung zu ergreifen, um angesichts der abzusehenden demographischen Entwicklung und der Konkurrenz mit anderen Arbeitgebern den Bedarf der Truppe nach geeigneten Bewerbern zu decken?

41. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass insbesondere Mannschaften und Unteroffiziere – verglichen mit gleichwertigen Laufbahnen bei den Landespolizeien und der Bundespolizei – eine niedrigere Einstiegsbesoldung hinnehmen müssen?
42. Plant die Bundesregierung, diese Ungleichbehandlung zu beseitigen?
43. Wenn ja, wann?
44. Wenn nein, warum nicht?
45. Welche durchschnittlichen jährlichen Kosten veranschlagt die Bundeswehr für einen
 - grundwehrdienstleistenden Soldaten (W 9),
 - Mannschaftssoldaten (SaZ 4),
 - Unteroffizier/Feldwebel (SaZ 8),
 - Offizier (SaZ 8)?
46. Welche Erfahrungen haben die Teilstreitkräfte der Bundeswehr mit freiwillig zusätzlich Wehrdienstleistenden gemacht?
47. Welche Probleme ergeben sich dadurch bei der Personalsteuerung?
48. Welche Erfahrungen hat die Bundeswehr bisher mit Frauen gemacht, die außerhalb des Sanitätsdienstes und der Militärmusik eingesetzt sind?
49. Welche Erfahrungen hat die Bundeswehr bisher mit in der Kampftruppe eingesetzten Frauen gemacht?
50. Plant die Bundeswehr die Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten bei weiblichen Soldaten, insbesondere nach Ende des Mutterschutzes, zu verstärken?
Wenn ja, mit welchen Maßnahmen, und bis wann?
Wenn nein, warum nicht?
51. Auf welchen Dienstposten und in welchen Fällen sind flexible Arbeitszeiten für Soldaten im Erziehungsurlaub bisher erfolgreich angewandt worden?
52. Gedenkt die Bundesregierung die Versorgungslücke bei von der Nationalen Volksarmee (NVA) in die Bundeswehr übernommenen Berufssoldaten zu schließen, und wenn ja, wie?
53. Wie beläuft sich das Verhältnis von Anzahl der Bewerber/Bewerberinnen zu den offenen Stellen, aufgeschlüsselt nach den Zeiträumen 2000 bis 2007
 - in der Laufbahn der Offiziere aller Teilstreitkräfte,
 - in der Laufbahn der Unteroffiziere aller Teilstreitkräfte,
 - im fliegerischen Dienst bei der Luftwaffe,
 - im fliegerischen Dienst bei der Marine?
54. Wie viele Berufssoldaten der Bundeswehr haben seit 2000 ihren Vertrag vorzeitig gekündigt,
 - insgesamt,
 - beim Heer,
 - in der Laufbahn der Piloten bei den Heeresfliegern,
 - bei der Luftwaffe,
 - in der Laufbahn der Piloten bei der Luftwaffe,
 - bei der Marine,

- bei den Marinefliegern,
 - beim Kommando Spezialkräfte?
55. Wie viele Reservisten der Bundeswehr leisteten von 2000 bis 2007 im Rahmen deutscher Kontingente im Ausland eine Wehrübung?
 56. Wie viele davon waren zum Zeitpunkt der Einberufung der Wehrübung arbeitslos?
 57. Wie viele Offiziere und Unteroffiziere der Reserve wurden 2007 in Wehrübungen, auf Lehrgängen oder in der Truppe für ihre Führungs- und Funktionsaufgaben aus- und weitergebildet?
 58. Wie viele und welche Spezialisten sind darüber hinaus in Wehrübungen für mögliche Verwendungen im Rahmen von Ausbildungseinsätzen weitergebildet worden?
 59. Wie viele der geplanten Kreis-/Bezirksverbindungskommandos haben ihre Tätigkeit zum jetzigen Zeitpunkt aufgenommen (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
 60. In wie vielen Fällen sind die Verbindungskommandos (bitte jeweils nach Bundesländern aufgegliedert) noch nicht bzw. noch nicht in der geplanten Stärke besetzt?
 61. Wie hoch war im Jahr 2007 der Anteil der vakanten Truppenarztdienstposten?
 62. Wie hat sich der Anteil der vakanten Truppenarztdienstposten in den Jahren 2002 bis 2006 entwickelt?
 63. Wie viele zivile Vertragsärzte sind derzeit für die Bundeswehr tätig?
Wie hoch ist ihr Anteil am Gesamtumfang der für die Bundeswehr tätigen zivilen und Bundeswehrärzte?
 64. Wie hat sich der Anteil der zivilen Vertragsärzte in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
 65. Wie hoch ist der Anteil der geforderten Rettungsmediziner-Stellen für den Einsatz, die nicht mit entsprechend qualifiziertem Personal besetzt werden können?
 66. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zu ergreifen, um diesen Anteil zu erhöhen?
 67. Wie hoch war jeweils in den letzten fünf Jahren der Anteil der Nachwuchsärzte (Dienstgrad Oberstabsarzt oder vergleichbar), die zum Ende ihrer regulären Verpflichtungszeit die Dienstzeit bei der Bundeswehr nicht verlängert haben?
 68. Wie hat sich dieser Anteil in den letzten fünf Jahren entwickelt?
 69. Welche Auswirkungen hat die Streitkräftereform nach Auffassung der Bundesregierung auf die Wehrverwaltung?
 70. Sind die 261 Dienststellen der Wehrverwaltung von 1998 wie geplant auf 185 reduziert worden, und wenn nein, warum nicht?
 71. Sind die 56 500 Dienstposten im Bereich der Wehrverwaltung von 1998 wie geplant auf 42 600 reduziert worden, und wenn nein, warum nicht?
 72. Wurde die Zahl der Standortverwaltungen wie geplant von 124 auf 74 zurückgeführt, und wenn nein, warum nicht?
 73. Wie viele Kreiswehrrersatzämter existieren gegenwärtig?
 74. Wie viele Kreiswehrrersatzämter wurden seit 2000 aufgelöst?

75. Wie viele Bundeswehrfachschulen werden gegenwärtig betrieben?
76. Wie hoch sind die so genannten Personalüberhänge im Bereich der Wehralterung?
77. Wie gedenkt die Bundesregierung dem Motivationsverlust bei zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Bundeswehr zu begegnen, der dadurch entsteht, dass sie nicht in angemessener Zeit in die nächst höhere Besoldungsstufe/Gehaltsgruppe eingewiesen werden, obwohl sie z. T. länger als ein Jahr höherwertige Aufgaben erfüllen?
78. Wie viele Arbeiter, Angestellte und Beamte erfüllten am 1. Januar 2008 alle Voraussetzungen für die Einweisung in die nächste Besoldungsstufe/Gehaltsgruppe?
79. Wie viele von denen wurden mit Wirkung vom 1. Januar 2008 tatsächlich in die nächste Besoldungsstufe/Gehaltsgruppe eingewiesen?
80. Wie viele STAN-Stellen für Arbeiter waren bei der Bundeswehr am 1. Januar 2008 nicht oder nur unterwertig besetzt?
81. Wie viele STAN-Stellen für Angestellte waren bei der Bundeswehr am 1. Januar 2008 nicht oder nur unterwertig besetzt?
82. Wie viele STAN-Stellen für Beamte waren bei der Bundeswehr am 1. Januar 2008 nicht oder nur unterwertig besetzt?
83. Wie viele Zivilbedienstete der Bundeswehr haben an Auslandseinsätzen teilgenommen bzw. befinden sich zurzeit im Auslandseinsatz?
84. Welche Auswirkungen haben diese Personalabstellungen auf den Dienstbetrieb der entsendenden Dienststellen?
85. Wurde seitens des BMVg/der Bundeswehr für die Einberufung der 5 000 zusätzlichen Grundwehrdienstleistenden ausreichend adäquate Infrastruktur einerseits und Ausbildungsstruktur andererseits vorgeplant/vorgehalten?
86. Bezeichnet die Bundesregierung die Unterbringung der Soldatinnen und Soldaten als angemessen und zeitgemäß oder sieht sie hier dringenden Verbesserungsbedarf?
Wenn ja, welchen?
Wenn nein, warum nicht?
87. Bis wann ist die Sanierung modernisierungsbedürftiger Standorte in den alten Bundesländern nach jetzigem Planungsstand vollständig abgeschlossen?
88. In welcher Höhe sind die für die Durchführung der Sanierungen notwendigen Haushaltsmittel insgesamt sowie jeweils für die nächsten Haushaltsjahre in welchen Einzelplänen veranschlagt?
89. Welcher finanzielle Bedarf ergäbe sich für die Durchführung sämtlicher notwendiger Bauerhaltungsmaßnahmen?
90. Anhand welcher Kriterien wird die Durchführung der notwendigen Bauerhaltungsmaßnahmen priorisiert?
91. Wann gedenkt die Bundesregierung ehemaligen Soldaten der NVA die Führung ihres früheren Dienstgrades mit dem Zusatz a. D. zu erlauben?
92. Welche Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung dagegen, den in der NVA geleisteten Wehrdienst nicht länger als Wehrdienst „in fremden Streitkräften“ zu werten?

93. Welche Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung dagegen, in der ehemaligen NVA an in- und ausländischen Bildungseinrichtungen erworbene Bildungsabschlüsse, soweit sie nach deutschem Recht gleichwertig sind, anzuerkennen?
94. Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um eine höhere Vorgesetztendichte zur Ausbildung der Soldaten zu erreichen?
95. Wie viele einfache Disziplinarmaßnahmen wurden 2007 in der Bundeswehr verhängt, und wie hoch ist der Anteil von förmlichen Anerkennungen?
96. Gibt es gravierende Unterschiede in Häufigkeit und Höhe von Disziplinarmaßnahmen zwischen Inlands- und Auslandseinsätzen?
97. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass während des Auslandseinsatzes ausgesprochene Disziplinarbußen im Durchschnitt wesentlich höher angesetzt sind als im Heimatland verhängte?
98. Wie viele besondere Vorkommnisse wurden in der Bundeswehr ab dem Jahr 2000 gemeldet, deren Anlässe rechtsradikaler bzw. rechtsextremistischer Natur waren?
99. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, dass durch die modernen Kommunikationstechniken und Führungsmittel und der damit verbundenen Kontrolldichte die Vorzüge der Auftragstaktik zunehmend abgebaut werden?
100. Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus der neuen sicherheitspolitischen Lage für die Inhalte der politischen Bildung gezogen?
101. In welcher Höhe stehen im Jahr 2008 Bundesmittel für die politische Bildung der Soldaten in der Truppe zur Verfügung, und wie hoch fielen diese Mittel 2002 aus?
102. Wie hoch war die Anzahl der Studienabbrecher an den Universitäten der Bundeswehr seit 2000, aufgeschlüsselt nach Jahren,
 - insgesamt,
 - in den technisch orientierten Studiengängen,
 - in den geisteswissenschaftlichen Studiengängen,
 - im Studienfach Luft- und Raumfahrttechnik,
 - im Studienfach Informatik,
 - im Studienfach Wirtschaft und Organisationswissenschaften,
 - im Studienfach Betriebswirtschaftlehre (FH)?
103. Wie verteilen sich seit 2000 das Studium abbrechende Offiziere bzw. Offiziersanwärter auf die Teilstreitkräfte
 - Heer,
 - Luftwaffe und
 - Marine?
104. Wie viele der Studienabbrecher der jeweiligen Teilstreitkräfte brachen im dem o. g. Zeitraum ihr Studium im Vordiplom ab, und wie viele im Hauptdiplom?
105. In welchem Jahr erreicht die Bundeswehr aus Sicht der Bundesregierung die Grundbefähigung zur vernetzten Operationsführung (NetOpFü), und wann die Zielbefähigung?

106. Wie viele rein nationale Übungen und Manöver wurden jährlich seit 2000
 - in der Bundesrepublik Deutschland bzw.
 - im Auslanddurchgeführt?
107. Wie viele Soldaten waren daran jeweils beteiligt?
108. Welche Kosten entstanden jeweils für die Übungen?
109. Wie viele bi- und multinationale Übungen und Manöver wurden seit 2000 jährlich
 - in der Bundesrepublik Deutschland bzw.
 - im Auslanddurchgeführt?
110. Wie viele Soldaten
 - deutscher Nationalität,
 - anderer Nationalitätwaren daran beteiligt?
111. Welche Kosten entstanden jeweils für diese Übungen und Manöver
 - in der Bundesrepublik Deutschland bzw.
 - im Ausland?
112. Teilt die Bundesregierung die Meinung, dass die derzeitige Materialerhaltungslage unzureichend ist, und wenn ja, welche Auswirkungen hat dies auf die Einsatzbereitschaft und die Ausbildungstätigkeit der Streitkräfte?
113. Wie will die Bundesregierung zukünftig negative Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft und die Ausbildungstätigkeit aufgrund unzureichender Materialerhaltung vermeiden?
114. Welche Probleme gab es seit 2000 bei der Betriebsstoffversorgung in der Bundeswehr?
115. Welche Probleme gab es seit 2000 bei der Munitionsversorgung (Manöver, Übungs- und Gefechtsmunition) in der Bundeswehr?
116. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die Vereinbarkeit von Familie und Dienst bei der Bundeswehr zu erhöhen?
Wenn ja, welche, und bis wann?
Wenn nein, warum nicht?
117. Erwägt die Bundesregierung, an Standorten der Bundeswehr Kindertagesstätten einzurichten, und wenn ja, an welchen?
118. Wenn nein, warum nicht, und welche Alternativen zieht sie in Betracht, um die bedarfsgerechte Betreuung der Kinder von Soldatinnen und Soldaten sicherzustellen?
119. Wie viele Dienstposten innerhalb der Bundeswehr sind teilzeitgeeignet?
120. Wie viele teilzeitgeeignete Dienstposten innerhalb der Bundeswehr sind derzeit mit in Teilzeit tätigen Soldatinnen oder Soldaten besetzt?
121. In welcher Weise hat sich die Nachfrage von Soldatinnen und Soldaten nach Teilzeittätigkeit in den letzten Jahren entwickelt?
122. Wie viele Dienstposten werden in der jetzigen Zielstruktur der Bundeswehr teilzeitgeeignet sein?

123. Bleiben die von Soldatinnen besetzten Dienstposten vakant, wenn diese sich im Mutterschutz bzw. Erziehungsurlaub befinden?
Wenn ja, plant die Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen, um derartige Vakanzen für die Zeit des Mutterschutzes nachzubeseetzen?
124. Wie viele Soldaten haben 2007 Erziehungsurlaub genommen?
125. Stehen ausreichend Mittel zur Verfügung (und wie hoch sind diese), um der Vorschrift „Beruf und Familie“ gerecht zu werden?
126. Wie viele Dienstposten innerhalb der Bundeswehr sind für Telearbeit geeignet?
127. Wie viele für Telearbeit geeignete Dienstposten innerhalb der Bundeswehr sind derzeit mit in Telearbeit tätigen Soldatinnen oder Soldaten besetzt?
128. In welcher Weise hat sich die Nachfrage von Soldatinnen und Soldaten nach Telearbeit in den letzten Jahren entwickelt?
129. Wie viele Dienstposten werden in der jetzigen Zielstruktur der Bundeswehr für Telearbeit geeignet sein?
130. Wie hoch war die Scheidungsquote in der Bundesrepublik Deutschland 2007?
131. Wie hoch war die Scheidungsquote 2007 bei Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr?
132. Wie hoch war die Scheidungsquote 2007 bei Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die an Auslandseinsätzen teilgenommen haben?
133. Wie hoch war die Scheidungsquote 2007 bei verheirateten Soldaten in einzelnen, durch die Auslandseinsätze hoch belasteten Truppengattungen des Heeres (ABC-Abwehrtruppe, Fallschirmjäger, Fernmelder, Heeresflieger, Pioniere)?
134. Wie viele Soldaten der Bundeswehr waren am 1. Januar 2008 fähig und in der Lage an Auslandseinsätzen teilzunehmen?
135. Wann hält die Bundesregierung eine Steigerung des verteidigungsinvestiven Anteils auf 30 Prozent des Einzelplans (Epl.) 14 für möglich?
136. Aus welchen Bereichen sollen in welchem Umfang im Finanzplanungszeitraum Umschichtungen zugunsten der verteidigungsinvestiven Aufgaben erfolgen?
137. Wie gedenkt die Bundesregierung der Veralterung und der nicht mehr zeitgemäßen Ausrüstung der Bundeswehr angesichts des geringen Investitionsanteils entgegenzuwirken?
138. Welche Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr, die die Aufnahme im Bundeswehrplan 2007 gefunden haben, sind bislang verschoben worden?
139. Mit welchen weiteren Verschiebungen bei der Entwicklung und der Beschaffung rechnet die Bundesregierung angesichts weiterer Einsparungen im Haushalt?
140. Wie gedenkt die Bundesregierung den vorhandenen und zu erwartenden Ausrüstungs- und Bewaffnungslücken zu begegnen?
141. Welche Mehrkosten entstehen im Bundeshaushalt durch die Streckung diverser Beschaffungsvorhaben?
142. Bei welchen Großgeräten der Bundeswehr und in welchem Umfang wird ein gesteuerter Ausbau von Ersatzteilen auf Anordnung oder möglicherweise eigenmächtig praktiziert, um die übrigen Großgeräte einsatzbereit zu halten?

143. Wie glaubt die Bundesregierung, die unabdingbare Erhaltung der Kernfähigkeit der deutschen wehrtechnischen Industrie sicherstellen zu können?
144. Muss die Bundesregierung eine Kapazitätsreserve der wehrtechnischen Industrie zur schnellen Produktion von Rüstungsgütern für Krisenzeiten sicherstellen, und welche Vorstellungen gibt es dafür?
145. Wie groß sind die STAN-Zahlen der jeweiligen Typen von Luftfahrzeugen der Bundeswehr, und wie viel davon waren im Januar 2008 jeweils davon einsatzbereit?
146. Wie hat sich deren Einsatzbereitschaft in den Jahren 2005, 2006 und 2007 verändert?
147. Wie ist das Verhältnis der jeweiligen Luftfahrzeuge zu den Besatzungen (Operational Ready)?
148. Wie stellen sich die jährlichen Änderungen des EPl. 14 ab 2005 und der Finanzplanung bis 2012 gegenüber dem ursprünglichen Haushalt von 2004 und der damaligen Finanzplanung dar?
149. Wie schätzt die Bundesregierung das Gefährdungspotenzial, beispielsweise durch Minen, sonstige Spreng- und Wirkmittel, Beschuss mit Handwaffen und Lenkflugkörpern beim Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan in den Feldlagern sowie bei Fahrten mit Führungsfahrzeugen/zur Personenbeförderung und zum Materialtransport ein?
150. Welche Aufgaben im Rahmen der Einsätze der Streitkräfte in Afghanistan erfordern welchen (abgestuften) Schutzgrad?
151. Welche Landfahrzeuge erfüllend die Anforderungen an die unterschiedlichen Schutzgrade uneingeschränkt oder mit welchen Einschränkungen?
152. Wie stellt sich bei den einzelnen Fahrzeugtypen das Spannungsfeld zwischen Mobilität, Funktionalität und Schutz dar?
153. Wie hoch ist die erforderliche Stückzahl, um
 - a) den Auftrag der Bundeswehr in Afghanistan zu erfüllen,
 - b) die übrigen Auslandseinsätze der Bundeswehr durchzuführen,
 - c) den Ausbildungsbetrieb im Inland sicherzustellen?
154. Wie viele geschützte Fahrzeuge welchen Typs stehen derzeit für die in den Fragen 153a, 153b und 153c genannten Aufgaben zur Verfügung?
155. Wie hat sich die Verfügbarkeit/Einsatzbarkeit seit der Einführung der ersten geschützten Fahrzeuge für Auslandseinsätze entwickelt?
156. Worin besteht/bestehen das/die Defizit/e der bei ISAF eingesetzten, grundsätzlich geländegängigen geschützten Fahrzeuge – aufgeteilt nach Fahrzeugtypen – bei der Bewältigung der spezifischen Bedingungen im Einsatzgebiet?
157. Wie hoch ist der Aufwand für die Materialhaltung der geschützten Fahrzeuge, getrennt nach Fahrzeugtypen aktuell?
158. Wie hat sich der Aufwand für die Materialhaltung der geschützten Fahrzeuge seit deren Einführung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr entwickelt?
159. Wie soll für die Zukunft sichergestellt werden, dass geeignete geschützte Fahrzeuge zur Verfügung stehen, die auch bei einem Einsatzprofil mit extremen Anforderungen wie derzeit in Afghanistan, ausreichend standfest sind, mit vertretbarem Aufwand erhalten werden und bei Bedarf und

entsprechender Sicherheitslage mit eigenen Kräften durch die Bundeswehr betrieben werden können?

160. Durch welche Vorkehrungen hat die Bundeswehr in den Jahren seit Beginn der Auslandseinsätze, nachdem sich der Bedarf an geschützten Fahrzeugen erstmals abgezeichnet hat, sichergestellt, dass Fahrzeuge für besondere Einsatzprofile mit extremen Anforderungen, die über das Profil von marktverfügbaren bzw. handelsüblichen oder sonstigen verfügbaren (Rüstungs-)Produkten hinausgehen, den Streitkräften zur Verfügung gestellt werden können?
161. Welche Leistungsdaten müssten diese geschützten Fahrzeugklassen aufweisen, und zu welchen geschätzten Kosten wären diese zu beschaffen?
Wie könnten für diese Fahrzeugklassen die Lebenswegkosten minimiert werden?
162. Wie kann sichergestellt werden, dass für diesen Bedarf ausreichende Haushaltsmittel eingeplant werden?
163. Wie hoch ist der Zeitbedarf für die Realisierung dieser Lösungen?
Durch welche Arbeiten auf dem Gebiet Forschung und Technologie sollen die Grundlagen für die Entwicklung und Realisierung neuer wirksam geschützter Fahrzeugklassen gelegt werden?
164. Wie hoch ist demgegenüber der Aufwand Kosten/Zeit/Leistungseinschränkungen für Beschaffung und Betrieb der derzeit im Einsatz befindlichen geschützten Fahrzeuge, getrennt nach Fahrzeugtypen?
165. Welchen Status hat die im Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zur Modernisierungsbilanz 2007 angekündigte Einrichtung eines „Support Center A400M zur technisch-logistischen Betreuung der Flotte“?
166. Welche Einrichtungen sind an diesem Vorhaben beteiligt?
167. Wurden für die Einrichtung des Support Center A400M bereits finanzielle oder personelle Verpflichtungen eingegangen, und wenn ja, in welchem Umfang ist dies jeweils der Fall?
168. Erfährt der Zeitplan der Einrichtung des Support Centers angesichts der bekannt gewordenen Lieferverzögerungen beim A400M eine Anpassung?
169. Wenn ja, welche?
170. Wenn nein, warum erfolgt diese Anpassung nicht?
171. Erwägt die Bundesregierung den Kauf von neuen oder gebrauchten Tankern für die Deutsche Marine?
172. Wann wird die Bundesregierung eine Entscheidung bezüglich der Beschaffung des MH 90 oder einer Alternative treffen?
173. Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich der Minenschutzkomponente bei den Fregatten?
174. Welche Bewaffnung ist für die Korvette vorgesehen, wie ist der Beschaffungsstand, und wann ist mit dem Abschluss zu rechnen?
175. In wie vielen Fällen wurde die Bundeswehr in den vergangenen fünf Jahren für welche Aufgaben im Rahmen der Amtshilfe im Innern von welchen Behörden herangezogen?
176. Worin bestand jeweils die Hilfeleistung?
177. Welche Kosten sind für diese Hilfeleistungen entstanden, und wie viele Soldatinnen und Soldaten waren jeweils für welchen Zeitraum eingesetzt?

178. Wie haben sich die Kosten und sonstige Beanspruchung der Bundeswehr hierdurch im Vergleich zu den letzten zehn Jahren verändert?
179. Haben oder hatten diese Aufgabenwahrnehmungen Auswirkungen auf die Wahrnehmung der eigenen Aufgaben der Bundeswehr, und wenn ja, welche?
180. Welche polizeilichen Aufgaben nimmt die Bundeswehr im Rahmen welcher Auslandseinsätze wahr?
181. Inwiefern hält die Bundesregierung diese Aufgabenwahrnehmung durch Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr für vom Auftrag der Bundeswehr gedeckt, wenn zugleich die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben nicht zur Ausbildung in der Bundeswehr gehört?

Berlin, den 11. Juli 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

